

Weser Kurier

Ausgabe vom 07.01.2014

Gymnasiallehrer wollen weiter gegen Mehrarbeit protestieren / Unterstützung von der CDU-Landtagsfraktion - 07.01.2014

„Stellenstreichungen durch die Hintertür“

Von Jochen Brünner

Ganderkesee. Obwohl die Niedersächsische Landesregierung vor Weihnachten beschlossen hat, dass Gymnasiallehrer ab August eine Stunde mehr pro Woche unterrichten müssen, wollen die Pädagogen in ihrem Protest nicht nachlassen. Gestern erhielt der Personalrat des Gymnasiums Ganderkesee Unterstützung von den beiden CDU-Landtagsabgeordneten Ansgar Focke und Kai Seefried, dem bildungspolitischen Sprecher der Fraktion.



© Jochen Brünner

Schulleiterin Renate Richter, Elternvertreterin Katrin Keltsch, Joachim Böske und Karen Freund vom Personalrat sowie die beiden Landtagsabgeordneten Ansgar Focke und Kai Seefried (von links) diskutierten gestern die beschlossene Mehrbelastung für Gymnasiallehrer.

Gymnasiallehrer stecken im Augenblick in einem Dilemma: Da hat die niedersächsische Landesregierung ihnen mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 eine Stunde Mehrarbeit pro Woche aufgedrückt, doch der Berufsstand der professionellen Vermittler tut sich aufgrund einer vermeintlich komfortablen Arbeitszeit (vergleichsweise wenige Stunden, lange Ferien) schwer, die Berechtigung seiner Empörung zu vermitteln.

Dabei ist der Job mit der reinen Unterrichtszeit ja nicht getan: Wochenend-Arbeit, Korrekturen, Konferenzen, Klassenfahrten: Karen Freund vom Personalrat des Gymnasiums Ganderkesee schätzt, dass auf jede geleistete Unterrichtsstunde rund eine Stunde Mehrarbeit im Hintergrund hinzu kommt. Gleichwohl gestand sie gestern aber auch: „Ich bin inzwischen ein bisschen müde, dass immer wieder erklären zu müssen.“

Um diese Mühe werden die Pädagogen allerdings kaum herkommen. Im Gymnasium Ganderkesee geschah dies vor Weihnachten etwa mit einem Protest-Adventskalender. An jedem Tag gaben die Lehrer ein neues Detail ihrer beruflichen Belastung preis: „Wussten Sie, dass wir für eine Klassenfahrt, auf der wir 24 Stunden die Verantwortung tragen, vier einzelne Plusstunden erhalten?“, stand etwa auf einem Plakat. Die einzelnen Tafeln gab der Personalrat auch den in der Regierungsverantwortung stehenden Landtagsabgeordneten Axel Brammer (SPD) und Hans-Joachim Janßen (Grüne) zur Kenntnis – jedoch ohne eine Resonanz zu erhalten. Dabei sehen Freund und ihr Kollege Joachim Böske die Stimmung unter den Lehrern weniger als „aktive Protesthaltung“: Sie fürchten als Folge der Mehrbelastung eher „die logische Konsequenz, dass die Kollegen ihr Engagement irgendwann reduzieren müssen.“

Dabei weiß der Personalrat auch die Elternvertreter an seiner Seite: „Durch Beschlüsse wie etwa zur eigenverantwortlichen Schule oder zur Inklusion hat sich die Arbeitszeit der Lehrer in den vergangenen Jahren ohnehin schleichend erhöht. Irgendwann ist die Leidensfähigkeit erreicht“, zeigte Elternsprecherin Katrin Keltsch Verständnis. Sie fürchtet, dass insbesondere die Dinge wegfallen, die an der Schule besonders viel Spaß machen: also Klassenfahrten oder andere nebenschulische Aktivitäten.

„Wir wissen, dass die Arbeitszeit der Gymnasiallehrer deutlich über 40 Stunden liegt“, sagte Kai Seefried, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, bei seinem gestrigen Besuch in Ganderkesee. Um das transparenter zu machen, habe seine Fraktion im Landtag eine Erhebung der tatsächlichen Lehrerarbeitszeit beantragt. Allerdings habe die rot-grüne Koalition die Initiative abgelehnt.

Laut Seefried erhofft sich die Landesregierung mit den beschlossenen Maßnahmen, zu denen neben der Stunde mehr Unterricht auch die Aufhebung der Altersteilzeit für Lehrer über 55 Jahre gehört, Haushaltseinsparungen in Höhe von 35,4 Millionen Euro in diesem Jahr und rund 80 Millionen Euro 2015. „Das sind Stellenstreichungen durch die Hintertür, bei der rund 1750 Lehrerstellen auf der Strecke bleiben“, empörte sich der Stader Politiker. Angesichts von einer Haushaltsverbesserung des Landes in Höhe von 720 Millionen Euro aus dem Jahr 2013 sei es unverantwortlich, dass auf diese Weise „ein riesengroßer Schaden in den Schulen“ angerichtet werde.

„Wir hätten nicht gedacht, dass die Landesregierung ihre Pläne angesichts der massiven Proteste durchzieht, aber wir wurden eines besseren belehrt“, zeigte sich der örtliche CDU-Landtagsabgeordnete Ansgar Focke enttäuscht von den vorweihnachtlichen Beschlüssen. Zumindest bis zu den Osterferien wollen die beiden Politiker den öffentlichen Druck auf die Landesregierung hoch halten: „Wir werden auch weiterhin darauf drängen, dass die beschlossenen Maßnahmen noch vor dem 1. August zurückgenommen werden. Das ist über einen Nachtragshaushalt jederzeit möglich“, sagte Seefried.